

Befragung des Deutschen Städtetages zu Flüchtlingsthemen

Antworten der Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Stadt Ludwigshafen am Rhein Präsidentin des Deutschen Städtetages

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

Im laufenden Jahr wurden der Stadtverwaltung Ludwigshafen 1 414 Asylsuchende zugewiesen. Davon wurden 96 Personen zur Erstaufnahme aufgenommen (ohne vorherige Registrierung) und anschließend weiter verteilt. 39 waren unbegleitete Minderjährige, für die direkt das Jugendamt die Vormundschaft übernommen und sie untergebracht hat. Am 14. Dezember 2015 waren insgesamt 1 365 Asylsuchende in Ludwigshafen untergebracht.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Es ist ein zentrales Anliegen der Flüchtlingspolitik in Ludwigshafen, die Unterbringung in unbeheizten Zelten, Turnhallen und Gemeinschaftshäusern zu vermeiden. Bisher konnte dies erreicht werden.

Mit Stand vom 14. Dezember 2015, können 46 Prozent der Asylsuchenden (v.a. Familien; 634 Personen) dezentral in Wohnungen untergebracht werden und 54 Prozent (i.d.R. Männer; 731) in Gemeinschafts- und Notunterkünften. Familien sind also nahezu alle in Wohnungen bzw. in Appartements von Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Derzeit befinden sich 10 Punkthäuser in Schlichtbauweise zur Flüchtlingsunterbringung im Bau oder in der Planung. Jedes dieser Häuser bietet 6 Wohnungen, die jeweils mit maximal 9 Personen belegt werden können (also maximal 54 Personen pro Haus. Perspektivisch wurden vom Stadtrat 7 weitere Standorte für derartige Unterkünfte beschlossen.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

Die Feuerwehr als Katastrophenschutzbehörde hat zwei beheizbare und somit winterfeste Leichtbauhallen in Ludwigshafen errichtet, die am 6. November 2015 bezogen wurden. In den beiden SOS-Hauhallen können bis zu 240 männliche Asylsuchende für eine Übergangszeit von etwa drei Monaten untergebracht werden, bis feste Unterkünfte bezugsfähig sind. Sechs weitere beheizbare Hallen sollen an vier verschiedenen Standorten im Stadtgebiet Ludwigshafen für weitere 1 440 Asylsuchende errichtet werden.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Die Einstellung der Bevölkerung in Ludwigshafen gegenüber den Asylsuchenden ist ganz überwiegend von Verständnis und Wohlwollen geprägt. Dazu trägt auch eine offene und Informationspolitik der Stadtverwaltung bei. Ich selbst habe gemeinsam mit dem Sozialdezernenten und dem jeweiligen Ortsvorsteher die Bevölkerung in allen Stadtteilen unmittelbar und persönlich in Bürgerforen über die jeweiligen Planungen zur Unterbringung von Asylbewerbern informiert. Dabei bestand immer die Möglichkeit, Fragen zu stellen, und es gab auch Gelegenheit, Sorgen und Ängste zu artikulieren. So konnte manchen diffusen Befürchtungen die Spitze genommen werden.

Es ist ein großes ehrenamtliches Engagement in allen Stadtteilen erkennbar. Sieben „Cafés Asyl“ wurden bereits in Ludwigshafen von Ehrenamtlichen – häufig zusammen mit kirchlichen Institutionen – eröffnet. Bei den Bürgerforen in allen Stadtteilen konnte die Polizei Ängste bezüglich erhöhter Kriminalität und Übergriffe entkräften.

Zur Unterstützung einer positiven Aufnahme der Asylsuchenden in unserer Gesellschaft hat die Stadtverwaltung Ludwigshafen, zusammen mit der Leitstelle Kriminalitätsprävention des Landes Rheinland-Pfalz, eine Willkommens-Kampagne gestartet, bei der sowohl Plakate von Asylsuchenden wie auch von vielen Menschen aus der Stadtgesellschaft im öffentlichen Raum ausgestellt werden.

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Wir müssen gegenwärtig davon ausgehen, dass in Ludwigshafen im März 2016 alle derzeit vorhandenen Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende erschöpft sein werden. Frühestens im Mai 2016 stehen weitere feste Unterkünfte in Form von Schlichtwohnungen zur Verfügung. Es droht also trotz aller Bemühungen zumindest für einen Zeitraum von etwa sechs Wochen die tatsächliche Unmöglichkeit, weitere Asylbewerber vernünftig und angemessen unterzubringen. Damit die Stadt eine Atempause hat, bräuchten wir eigentlich einen Zuweisungsstopp des Landes. Wir gehen aber nicht davon aus, dass es einen solchen geben wird. Daneben bleiben zwei große Daueraufgaben: die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten und die Integration der Neuankömmlinge mit Bleibeperspektive voranzutreiben.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

Seit August 2015 erhalten alle neu ankommenden Asylsuchenden in Gemeinschafts- und Notunterkünften eine Basis-Sprachförderung von je 200 Stunden inklusive Unterrichtung in soziale Kompetenz sowie Informationen zum deutschen Gesellschaftssystem. Zuvor wird ein Kurz-Profiling durch die VHS durchgeführt, um Schul- und Berufsausbildung sowie berufliche Ziele und Wünsche der Asylsuchenden zu erfassen. Ab Anfang 2016 wird die VHS ihre Sprachförderung auch für dezentral untergebrachte Asylsuchende (mit Bleibeperspektive) ausbauen. Da die Sprache der erste und wichtigste Baustein für eine gelungene Integration in die Gesellschaft wie auch ins Arbeitsleben ist, wird hier in Ludwigshafen von Anfang an systematisch und im Kooperationsverbund mit Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter, den Industrie- und Handwerkskammern sowie vielen Firmen und Sprachanbietern vor Ort, investiert. Auch mit finanzieller Unterstützung und Spenden von ortsansässigen Firmen.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Am schwierigsten fällt uns vermutlich die Bereitstellung von Wohnraum. Schaffen müssen wir auch die Vermittlung in Sprache, Bildung und Beruf im gesamten Lebenslauf: Kindergartenplätze, Beschulung, Sprach- und Integrationskurse für die Erwachsenen, Integration in Arbeit über direkte Vermittlung, Anerkennung vorhandener Qualifikationen und Nachqualifizierung.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Der Bedarf an Wohnraum und an Integrationsangeboten für die Menschen, die bei uns bleiben werden, ist immens. Bund und Länder sollten deshalb 2016 ihre Förderung für den Wohnungsbau ausbauen, die Kommunen auch bei ihren erheblichen Investitionen in die neuen Asylbewerberunterkünfte unterstützen und einen maßgeblichen finanziellen Beitrag für die große Aufgabe der Integration in den Städten leisten. Das Erlernen der deutschen Sprache ist für die Integration elementar. Deshalb brauchen wir ein breiteres und zielgruppengerechtes Angebot an Sprach- und Integrationskursen für Erwachsene und eine gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Kindertagesbetreuung und in den Schulen. Damit Flüchtlinge mit Bleibeperspektive möglichst schnell in Arbeit kommen, müssen sie Ausbildungsabschlüsse nachholen und sich weiterbilden können. Wir stehen vor einer großen Kraftanstrengung, die Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam bewältigen können.

- Die Anzahl der Asylsuchenden müsste weiter sinken.
- Die Asylverfahren müssten beschleunigt werden.
- Es müssten Entscheider für Asylverfahren in größeren Kommunen (in der Fläche) vor Ort sein, um die Verfahren zu beschleunigen und damit sich die Fahrtzeiten und Fahrtkosten für Asylbewerber im Rahmen halten.
- Offensichtlich aussichtslose Asylbewerber-Fälle dürfen nicht mehr an die Kommunen zugewiesen werden.
- Es müsste eine gerechtere Verteilung der Asylsuchenden in die Fläche geben. Es können nicht die ohnehin schon stark belasteten Oberzentren noch stärker belastet werden, während in ländlichen Regionen noch Gebäude leer stehen.
- Weiterhin sollte eine Vollkostenerstattung für alle kommunalen Aufwendungen zur Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden angestrebt werden.
- Es müsste verstärkt in sozialen Wohnungsbau von Seiten des Bundes und der Länder investiert werden, auch damit Privatinvestitionen hier getätigt werden (Anreizprogramme).
- Zudem müsste ganz deutlich ein Fokus auf die großen Investitionen der Kommunen in die neuen Asylbewerberunterkünfte gelegt werden. Die bisherige Gesamtsumme für Investitionen in Asylbewerberunterkünfte in Ludwigshafen liegt für 2014 bis 2016 bei rund 60 Millionen Euro. Für diese kreditfinanzierten Investitionen, die die Schulden der bereits stark verschuldeten Stadtverwaltung Ludwigshafen weiter erhöhen, gibt es bislang weder vom Bund noch vom Land einen Zuschuss oder gar eine Gegenfinanzierung. Hier müsste dringend nachgesteuert werden.
- Es muss insgesamt für eine faire Lastenverteilung gesorgt werden. Das gilt auch für die Zeit nach Abschluss der Asylverfahren. Die eigentliche Aufgabe der Integration liegt noch vor uns. Diese Aufgabe kann nicht nur in wenigen Ballungszentren geleistet werden. Deswegen muss auch über Wohnsitzauflagen für anerkannte Asylbewerber nachgedacht werden, die ihren Lebensunterhalt noch nicht selbst bestreiten können. Auch beim sozialen Wohnungsbau muss nach Steuerungsinstrumenten gesucht werden, die dafür sorgen, dass dieser nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch in den sogenannten „Speckgürteln“ stattfindet.